

Übersicht



Der Bürgermeister
Hilden, den 15.09.2025
AZ.: IV/26.2 Unterkünfte

WP 20-25 SV 26/076

Antragsvorlage

**Antrag der FDP-Fraktion vom
01.09.2025:
Einstellung des Projekts zur Errichtung
einer Unterkunft auf dem Grundstück
Hofstraße 98**

Für eigene Aufzeichnungen: Abstimmungsergebnis			
	JA	NEIN	ENTH.
CDU			
SPD			
Grüne			
FDP			
AfD			
BA			
Fraktionslos			

öffentlich

Finanzielle Auswirkungen

Organisatorische Auswirkungen

☐ ja
☐ ja

☒ nein
☒ nein

☐ noch nicht zu übersehen
☐ noch nicht zu übersehen

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Hilden

24.09.2025

Entscheidung

Anlage 1: Antrag Nr. 317-25 der FDP-Fraktion (akutalisiert am 10.09.2025)

Antragstext:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt die Entwurfsplanung und das Konzept für die Flüchtlingsunterkunft auf der Hofstraße 98, wie in der Sitzungsvorlage WP 20-25 SV 26/062 vom 07.08.2025 dargestellt, zu verwerfen und endgültig einzustellen.

Erläuterungen zum Antrag:

Die Entwurfsplanung und das Konzept zur Errichtung einer Flüchtlingsunterkunft auf dem Grundstück Hofstraße 98 ist nach Auffassung unserer Fraktion nicht weiter zu verfolgen. Die vorgesehene Fläche stellt einen wichtigen Freiraum im Stadtgebiet dar. Zahlreiche Rückmeldungen aus der Bürgerschaft haben deutlich gemacht, dass die Bevölkerung den Verlust dieser Freifläche ablehnt. Der Schutz und Erhalt innerstädtischer Grün- und Freiflächen sind von hoher Bedeutung für die Lebensqualität in Hilden und sollten deshalb Priorität haben.

Die Freien Demokraten können sich an diesem Standort höchstens eine straßenbegleitende Bebauung vorstellen – und auch diese ausschließlich für den Bau einer Kindertagesstätte, da der Bedarf an Betreuungsplätzen weiterhin sehr hoch ist. Eine massive Bebauung auf den vorhandenen Feldern lehnen wir ab.

Derzeit stehen in Hilden rund 250 Plätze für geflüchtete Menschen zur Verfügung, die noch nicht belegt sind. Damit ist der aktuelle Bedarf an Unterbringungsmöglichkeiten gedeckt, auch mit Blick auf mögliche weitere Zuweisungen. Die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten durch einen Neubau ist gegenwärtig nicht erforderlich.

Für die Realisierung der geplanten Unterkunft sind rund 10 Millionen Euro veranschlagt. Angesichts der Haushaltslage der Stadt und der vielfältigen Herausforderungen im Bereich der Bildung und Infrastruktur, scheint es sinnvoller, diese erheblichen Mittel in die Modernisierung von Schulen, die Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze sowie die dringend notwendige Instandsetzung der Infrastruktur zu investieren.

Aus den genannten Gründen beantragen wir, das die Entwurfsplanung und das Konzept für die Errichtung einer Flüchtlingsunterkunft auf der Hofstraße endgültig einzustellen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die FDP-Stadtratsfraktion hat mit Schreiben vom 01.09.2025 ursprünglich beantragt, „das Bauleitverfahren zur Errichtung einer Flüchtlingsunterkunft auf der Hofstraße 98 endgültig einzustellen“. Da dieser Antrag somit 23 Tage vor der Ratssitzung am 24.09.2025 eingegangen ist, sieht sich die Stadtverwaltung in der Pflicht, auch zu dem mit Schreiben vom 10.09.2025 hinsichtlich der Begrifflichkeiten modifizierten Antrag Stellung zu nehmen.

Im modifizierten Antrag nimmt die FDP-Stadtratsfraktion auf die Sitzungsvorlage WP 20-25 SV 26/062 Bezug, die seitens der Stadtverwaltung im Sommer 2024 erstellt wurde und zur Beratung im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen am 10.09.2024 zugestellt worden war. Ziel dieser Sitzungsvorlage war die Freigabe von Haushaltsmitteln, um die im November 2023 auf Grundlage von vorläufigen Unterlagen beschlossene Planung eines Gebäudekomplexes auf dem Grundstück Hofstraße 98 fortsetzen zu können. Dieser Gebäudekomplex sollte vor dem Hintergrund der in 2023 und 2024 erschöpften städtischen Unterbringungskapazitäten und der deshalb notwendigen Einrichtung einer Notunterkunft in der Sporthalle Weidenweg zunächst als Unterkunft für Geflüchtete dienen.

Diese Sitzungsvorlage hat Bürgermeister Claus Pommer kurz vor der Beratung im September 2024 zurückgezogen, so dass die Mittel nicht freigegeben wurden. In der Haushaltssatzung für das Jahr 2025 ist das Projekt nicht mehr enthalten, so dass für eine weitere Planung oder gar eine Umsetzung des in 2023 angestrebten Konzepts keine Finanzmittel

zur Verfügung stehen. Einer Fortsetzung des Projekts steht zurzeit nicht im Raum.

Vor dem Hintergrund, dass sich die Anzahl von Menschen, die in Deutschland Schutz und ggfs. Asyl suchen, seit dem 2. Halbjahr 2024 reduziert und sich dadurch auch die Anzahl der Zuweisungen vom Land NRW an die Stadt Hilden verringert, reichen die Unterbringungskapazitäten in den zurzeit betriebenen städtischen Unterkünften wieder aus.

Angesichts der technischen und rechtlichen Lebensdauer einiger städtischer Unterkünfte und des Umstandes, dass einige Unterkünfte nur von Dritten angemietet bzw. zur Verfügung gestellt worden sind, geht die Stadtverwaltung davon aus, dass trotz der sich reduzierenden Anzahl von in Deutschland schutzsuchenden Menschen in der Zukunft in der Stadt Hilden ein Neubau- bzw. ein erheblicher Sanierungsbedarf zum dauerhaften Erhalt von städtischen Unterbringungskapazitäten besteht.

gez.
Dr. Claus Pommer
Bürgermeister

Klimarelevanz:

Gebäudeneubauten sind klimarelevant, da sie erhebliche Auswirkungen auf den Energieverbrauch und Treibhausgasemissionen haben. Die Herstellung von Baustoffen, Bauaktivitäten und die Inbetriebnahme verursachen CO₂-Emissionen.

Die Stadt Hilden strebt bei Neu- und Erweiterungsbauten eine nachhaltige und energieeffiziente Bauweise an. Beispielsweise wird dies durch die Berücksichtigung von Wärmepumpe, PV-Anlage, Gründach und Berücksichtigung einer Nachnutzung erreicht.

Mit Erstellung eines Neubaus besteht die Chance, weniger energieeffiziente alte Containerunterkünfte zurückzubauen, wenn der Unterbringungsbedarf sinkt. Dies senkt mittelfristig den CO₂-Ausstoß, die Energiekosten und verringert den Aufwand in der Gebäudeunterhaltung.

Inklusionsrelevanz:

Bei der Planung von Gebäudeneubauten sind die jeweils aktuellen Richtlinien zur Barrierefreiheit zu beachten.

In der bisherigen Planung für den Gebäudekomplex auf dem Grundstück Hofstraße 98 war konkret vorgesehen, in den Erdgeschossen Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen, die rollstuhlgerecht sind. Die einzelnen Häuser sollten barrierefrei erschlossen werden. Aus Kostengründen wurde aber darauf verzichtet, auch die Obergeschosse mit Aufzügen zu erschließen.

An den
Bürgermeister
Herrn Dr. Claus Pommer
Am Rathaus 1

40721 Hilden

10. September 2025

Antrag

**zur Sitzung des Rates der Stadt Hilden
am 24. September 2025
„Endgültige Einstellung der Entwurfsplanung/des Konzeptes
Flüchtlingsunterkunft Hofstraße 98“**

Der Rat der Stadt Hilden beschließt die Entwurfsplanung und das Konzept für die Flüchtlingsunterkunft auf der Hofstraße 98, wie in der Sitzungsvorlage WP 20 – 25 SV 26/062 vom 07.08.2025 dargestellt, zu verwerfen und endgültig einzustellen.

Begründung:

Die Entwurfsplanung und das Konzept zur Errichtung einer Flüchtlingsunterkunft auf dem Grundstück Hofstraße 98 ist nach Auffassung unserer Fraktion nicht weiter zu verfolgen.

Die vorgesehene Fläche stellt einen wichtigen Freiraum im Stadtgebiet dar. Zahlreiche Rückmeldungen aus der Bürgerschaft haben deutlich gemacht, dass die Bevölkerung den Verlust dieser Freifläche ablehnt. Der Schutz und Erhalt innerstädtischer Grün- und Freiflächen sind von hoher Bedeutung für die Lebensqualität in Hilden und sollten deshalb Priorität haben.

Die Freien Demokraten können sich an diesem Standort höchstens eine straßenbegleitende Bebauung vorstellen – und auch diese ausschließlich für den Bau einer Kindertagesstätte, da der Bedarf an Betreuungsplätzen weiterhin sehr hoch ist. Eine massive Bebauung auf den vorhandenen Feldern lehnen wir ab. Derzeit stehen in Hilden rund 250 Plätze für geflüchtete Menschen zur Verfügung, die noch nicht belegt sind. Damit ist der aktuelle Bedarf an Unterbringungsmöglichkeiten gedeckt, auch mit Blick auf mögliche weitere

Zuweisungen. Die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten durch einen Neubau ist gegenwärtig nicht erforderlich.

Für die Realisierung der geplanten Unterkunft sind rund 10 Millionen Euro veranschlagt. Angesichts der Haushaltslage der Stadt und der vielfältigen Herausforderungen im Bereich der Bildung und Infrastruktur, scheint es sinnvoller, diese erheblichen Mittel in die Modernisierung von Schulen, die Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze sowie die dringend notwendige Instandsetzung der Infrastruktur zu investieren.

Aus den genannten Gründen beantragen wir, das die Entwurfsplanung und das Konzept für die Errichtung einer Flüchtlingsunterkunft auf der Hofstraße endgültig einzustellen.

gez.

Rudolf Joseph
Fraktionsvorsitzender